

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift über deren Namen im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. J. L. Barck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 23. Dezember.** Die Reform im Reichssteuer- und im Reichsfinanzwesen wird allem Anschein nach nicht so glatt durchgeführt werden wie die Wiquel'schen Reformen in Preußen. Das liegt theils in der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, theils in der der leitenden Persönlichkeiten im Reich und in Preußen. Herr Wiquel versteht sich meisterlich auf das Spiel mit den parlamentarischen Kräften, und das kann man neuer von dem früheren, noch von dem jetzigen Sekretär im Reichsfinanzamt sagen. Es ist daher nicht gerade sehr verwunderlich, wenn die „N. A. Ztg.“ sich gewisser Sorgen um das Schicksal der Reichssteuer- und Reichsfinanzreform nicht entschlagen kann. Das genannte offizielle Blatt redet wieder einmal dem Reichstag förmlich ins Gewissen und gemahnt ihn an seine Pflicht, die Steuer- und Finanzreform vorzutragen, die sich nicht als die Ideen eines einzelnen Ministers darstellen, sondern als Anträge der verbundenen Regierungen, gewissenhaft zu prüfen und im Falle der Ablehnung positive Vorschläge zu machen. Daß die Vorlagen im Bundesrath beschließen und demgemäß als Vorlagen der verbundenen Regierungen an den Reichstag gelangt sind, ist richtig; aber die „N. A. Ztg.“ thut das Günstige zu viel, wenn sie in Abrede stellt, daß es sich um Ideen eines einzelnen Ministers, das heißt Wiquels, handelt, die nachher die Zustimmung der einzelstaatlichen Finanzminister gefunden hätten. Was dahin hatte niemand daran gedacht, daß es „notwendig“ sei, den Einzelstaaten eine feste Rente von 40 Millionen aus Reichsteuern zu garantiren. So lange also der Reichstag seinerseits diese Nothwendigkeit nicht anerkennt, ist er auch nicht verpflichtet, sich über die Mittel und Wege zur Beschaffung dieser 40 Millionen schlüssig zu machen. Etwas Anderes wäre es, wenn man statt neuer Steuern die Liebesgabe zur Deckung der Kosten der Militärreform heranzöge, und taugt nicht Alles, so macht diese Idee, wenn auch vorerst nur im Stillen, ihren Weg selbst in Kreisen, die bisher von der Abschaffung eines Theils dieser Prämie nichts hatten wissen wollen.

Die Rede, mit welcher der italienische Ministerpräsident Crispi bei Amt angetreten, wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit lebhafter Zustimmung aufgenommen; es heißt in dem Artikel:

„Vor Allen mahnt Herr Crispi, angeht die Lage, welche in der Verzögerung der durch die Lage erforderlichen Maßnahmen liegen würde, jeden kleinsten Zank der Parteien ruhen zu lassen; um die ganze geeinte Kraft dem Heil des gemeinsamen Vaterlandes widmen zu können, erlaßt er, „einen Gottesfrieden“ zu halten, als Pflicht der Volksvertreter, denn „uns heute zu bekämpfen, uns heute einander entgegenzustellen, das wäre ein Verbrechen.“ Wenn irgend ein italienischer Politiker berechtigt war, diese Sprache zu führen; wenn eine solche Sprache im Munde irgend eines italienischen Staatsmannes die Wirkung erzielen kann, mit einem frischen, kräftigen Hauche der Vaterlandsliebe die Seelen zu erheitern und zu muthiger That zu spornen, so ist dies der Fall bei Francesco Crispi. Wie kein Anderer kann dieser Staatsmann ymweilen auf ein Leben, das im Dienste des einen, großen Italiens nicht Ruhe noch Rast kannte; wie kein Anderer der lebenden italienischen Staatsmänner kann Francesco Crispi sich berufen auf Erfolge, die erzielt wurden durch eine tiefe politische Einsicht, durch das feinste intuitive Empfinden für die innersten Regungen und Bestrebungen der italienischen Volkseele, gepaart mit einer Thatkraft und Entschlossenheit, die vor keiner noch so großen Schwierigkeit zurückbeugen. In einem langen den öffentlichen Interessen gewidmeten Leben hat der jetzige vierundsechzigjährige Staatsmann manche Fortschrittlichkeit zu bekämpfen und oftmals Schwierigkeiten zu bekämpfen gehabt, angeht dessen durch Mühsal verzögert. Francesco Crispi hat sich stets seiner Aufgabe gewachsen gezeigt und auch jetzt wieder erweist er mit unverwundeter Kraft, aber zu gleicher Zeit mit einer besonnenen Mäßigkeit, wie sie aus dem festen Vertrauen zu sich selbst erwächst, das Wunder des Staates. Der tapferere besonnenen Geist, welcher die Antrittsrede des Ministerpräsidenten durchdringt, wird nicht ermangeln, die italienische Volksvertretung und das ganze italienische Volk mit einem Gefühl des Vertrauens zu sich selber zu befehlen. Aus diesem Gefühl wird unweigerlich auch ein Vertrauen in die gegenwärtige Staatsleitung erwachen, auf welches gestützt die Regierung des königlichen Italiens die großen Aufgaben, die ihr gestellt sind, wirksam und mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen kann.“

Von einem Katholiken wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: „Wozu brauchen wir die Jesuiten? Die ultramontane Presse operirt in ihren Erörterungen für die Rückkehrung der Jesuiten gern mit dem Mangel an Kräften für die Seelsorge, der ein erfolgreiches Entgegenwirken der katholischen Kirche gegenüber dem Sozialismus verhindern. Die „Köln. Volksztg.“, die früher bereits die Katholiken des Westens zu namhaften Beiträgen für die katholischen Kirchenbauten in Berlin begeistert hatte — die Geschäftsstelle des rheinischen Blattes brachte allein über 100 000 Mk. zusammen — tritt neuerdings mit allem Eifer für die Werbung des Berliner Priesteramtes ein. Nun war bereits vor der Eröffnung des neuen Dominikanerklosters in Moabit, das nach Auftheilung der hiesigen „Germania“ sieben Pater aufnehmen soll, das Verhältniß der in Berlin amirirenden katholischen Priester zur Seelenzahl der hier wohnenden Katholiken ganz ungenügend. Dieser Verhältnisse ist das entsprechende Verhältniß der evangelischen Geistlichen. Auf einige Tausend katholische Seelen kam ein Seelsorgergeistlicher, während in der evangelischen Kirche ein Prediger 10—20 000 Seelen zu pasteriren hat. Daraus erklärt es sich, warum die zukünftige kirchliche Behörde, hier die Breslauer Consistorie, und auch die Berliner katholische Presse, vor Allen die „Germania“, gegenüber der Agitation der „Köln. Volksztg.“ so theilnahmslos bei Seite stehen. Ueberhaupt wäre es in Sache der Kirchenbehörde, im Falle eines wirklichen Nothstandes Hülfe zu schaffen, statt daß eine politische Zeitung aus einer fernem Dörzle Gelder zur Gründung geistlicher Stellen auf eigene Hand sammelt. Nichtsdestoweniger hat die „Köln. Volksztg.“ bereits namhafte Summen zu dem genannten Zweck zur Verfügung gestellt erhalten, so daß sie schon

die Geistlichen auffordern zu dürfen glaubte, sich für Berlin zu melden. Weil sie nun damit noch kein Glück hatte, geht sie neuerdings zu förmlichen Expeditionen der Herren Kleriker über und macht dabei das naive Geständniß, daß die westlichen Diözesen, Münster, Baderborn, Köln, Trier u. einen enormen Ueberfluß an Geistlichen, wenigstens eine sehr große Zahl im Verhältniß zu Berlin“ haben. Da nun der Ueberfluß in den nächsten Jahren noch bedeutend „enormer“ sein wird — Hunderte von Aspiranten des geistlichen Standes haben in den letzten Jahren bereits in den kanonikalkulten der westlichen Diözesen wegen Ueberfüllung zurückgewiesen werden müssen — ja, wozu brauchen wir da noch die Seelen? In der Diözese Breslau sind jüngst Pfarreien besetzt worden, deren Seelenzahl das zweite Hundert nicht erreicht, trotzdem eben so kleine Pfarrsysteme in der Entfernung von 4 bezw. 6 Kilometern vorhanden sind und Seelsorger haben. Und auch dort vermehrt sich die Zahl der Aspiranten der Theologie von Jahr zu Jahr. Also noch einmal: Wozu brauchen wir die Jesuiten?“

Aus den Kreisen des Bundesraths hört man, daß derselbe zu dem Reichstagsbeschlusse über Aufhebung des Jesuitengesetzes vorläufig keinerlei Stellung nehmen wird, da er hierzu, nach der „N. A. Ztg.“, keine Veranlassung hat, indem nur eine unerbittliche Abstimmung zweiter Lesung, kein endgültiger Beschluß des Reichstages vorliegt. Zu einem solchen wird es überhaupt in der gegenwärtigen Reichstagsession schwerlich noch kommen, da der letzte Akt des Dramas seinen Anknüpfungspunkt erheben kann, die Priorität vor den zahlreich anderen Anträgen zu erlangen. Es wäre jedoch wünschenswert, daß die Majorität für die Jesuiten erheblich geringer ausfallen würde, als bei der zweiten Lesung. Aus einer Reihe evangelischer Wochenschriften, deren Vertreter durch Unterzeichnung des Zentrumsantrags oder Entfremdung bei der Abstimmung das beschämende Ergebnis bewirkten, wird berichtet, daß gegen diese Haltung lebhafter Widerspruch erhoben worden ist. Namentlich in den Kreisen der evangelischen Geistlichkeit, auch der hochkirchlichen Richtung, hat die Haltung der konservativen Unwillen erregt.

An die von uns aus der „Köln. Volksztg.“ entnommene Mitteilung über Wengen russischen Getreides, die neuerdings von den deutschen großen Wägen bezogen werden, hatten wir die Bemerkung gemacht, daß den Wägen aus dem hohen Maße ein direkter Vortheil erwachse, weil den Angaben der Eingangspreise für eine der Ausfuhr entsprechende Menge des zur Wägen gebrauchten ausländischen Getreides nachgelassen werde. Das ist, so wird von Herrn van den Weyngaert namens des Vorstandes deutscher Wägen geschrieben, irrig, denn das durch den Bundesrath bestimmte Ausbeuteverhältniß von 70 Prozent für Weizen und 65 Prozent für Roggen ist bei der Vermählung russischen Getreides so hoch, daß es durchschnittlich nicht erreicht wird; es ist daher der hohe Zoll nicht ein Vortheil, sondern ein Nachtheil für die Wägen, und wenn dennoch russisches Getreide eingeführt wird, so geschieht dies, weil dessen hoher Liebesgehalt ihn zur Vermählung mit dem jetzt in Deutschland größtentheils angebauten liebesarmen Getreideorten besser geeignet macht als manches auswärtige Getreide.

**Gera, 22. Dezember.** Das Reichspostamt plant die Errichtung einer zweiten Thüringer Oberpostdirektion, deren Sitz voraussichtlich Gera sein dürfte.

**München, 22. Dezember.** Ueber den Landtagsabgeordneten Schmitt, zu dessen Verhaftung wie schon mitgeteilt, die bayerische Kammer heute ihre Genehmigung erteilte, schreiben die „Münchener N. N.“: „Leonhard Schmitt ist Konditor und Bürgermeister in Gerolzhofen. Er ist am 22. Januar 1847 dort geboren, katholischer Konfession und ultramontaner Abgeordneter des 7. unterfränkischen Wahlkreises Haffstätt. Schmitt machte 1870—71 den Feldzug mit.“ Die Verhaftung ist beauftragt von dem Untersuchungsrichter am Landgericht Schweinfurt. Bei diesem Gericht hat Herr Direktor Hünig die Anzeige erstattet, daß der Landtagsabgeordnete Schmitt, der Kassierer des Kreditvereines Gerolzhofen, am 23. August d. J. von Buchhändler May ein Depot von 13 000 Mark erhielt, welches bei der flüchtigen Revision der Kasse fehlte und auch nicht gebucht war. Direktor Hünig telegraphirte ferner, daß Schmitt am 8. Dezember von München unter der Angabe, daß er heimreise, weggefahren, jedoch bis jetzt noch nicht angekommen sei. Die Anzeige erfolgte wegen Untreue im rechtlichen Zusammenhange mit einem Vergehen der Unterschlagung nach § 266, 2 des Reichsstrafgesetzbuches. Im Ganzen fehlen in der Kreditkasse 20 000 Mark.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 22. Dezember.** Schönerer, der seit gestern nach Ablauf des fünfjährigen Verlustes der bürgerlichen Rechte wieder wählbar ist, wird entgegen seiner wiederholt kundgegebenen Absicht wieder für den Reichsrath kandidiren. Verschiedene Versammlungen seiner Anhänger faßten Beschlüsse in dieser Richtung. Schönerers Platzhalter im zweiten Bezirk, der Abgeordnete Döb, erklärte bereits, er werde sein Mandat niederlegen.

### Schweiz.

**Bern, 22. Dezember.** Die mangelhafte Auskunft, welche gestern der Bundesrath Frey, Chef des Militärdepartements, über die dem Direktor der eidgenössischen Waffenfabrik in Bern zur Last gelegten Handlungen erteilte, hat eine Anzahl Abgeordneter im Nationalrath veranlaßt, diese Angelegenheit neuerdings anzuführen. Sie verlangen vom Bundesrath einen förmlichen Bericht, ob es Thatsache sei, daß Direktor Schmidt angeblich für die eidgenössischen Waffenfabrikung von einer deutschen Waffenfabrik amtlich zwei neue deutsche Ordnungsgewehre bezogen und alsbald eines der Gewehre einem Offizier einer mit Deutschland verfeindeten Macht ausgeliefert habe, daß ferner vom russischen Kaiser ein Geschenk angenommen und dem Kaiser das neue Schweizer Ordnungsgewehr bedingt habe, u. s. w.

### Belgien.

Die Ministerkrise darf allem Anschein nach so gut wie beendet betrachtet werden. Die Drohung des Ministerpräsidenten Devereux, zurückzutreten, wenn die Mehrheit der Rechten dem Proportional-Wahlssystem feindlich bleibe, und die Erklärung der übrigen Minister, daß sie in diesem Falle mit ihrem Chef um ihre Demission einkommen würden, scheint auf die Herren von der Rechten allmählich doch einen gewissen Eindruck gemacht und in ihnen den lebhaftesten Wunsch erregt zu haben, wenn irgend möglich, eine Verständigung mit dem Ministerium herbeizuführen. Eine Versammlung der liberalen Deputirten und Senatoren, welche zu diesem Zwecke am Dienstag stattfand, verlief ohne Resultat, dagegen gelangte in einer zweiten, auf Mittwoch einberufenen Versammlung eine Proposition zur Annahme, die höchst wahrscheinlich den Frieden zwischen dem Ministerium Devereux und der Gesellschenschaft des freigeschaffenen Herrn Devereux zur Folge haben wird. Diese zum Beschluß erhabene Proposition lautet nämlich dahin, daß eine Kommission ernannt werden sollte, „um die Grundlagen zu einer Einigung zwischen der Regierung und der Rechten zu suchen“, und diese Kommission, dessen fünf Mitglieder, wird schon die richtigen Mittel und Wege finden, um Herrn Devereux die unbedingt Unterwerfung der Rechten in irgend einer neuen Form anzuzeigen zu können. Der förmliche Beschluß, den die Proposition in der Versammlung vom Mittwoch fand, bewies zur Genüge, wie glücklich die sämtlichen Mitglieder der Rechten darüber waren, daß sich ihnen mit einem Male ein Ausweg aus ihrer verzweifelten Lage zeigte. Was Herrn Devereux anbelangt, so soll er nach dem Votum zu dem Senatspräsidenten, dem Baron v. Ruit de Noorden, wörtlich gesagt haben: „Ich werde mich dem Verlangen meiner Freunde fügen, und ich werde, wie ich es versprochen habe, mit verständlichem Geiste alle Vorschläge, die mir gemacht werden, prüfen.“ Bei einer solchen auf beiden Seiten vorhandenen Stimmung aber darf die Hoffnung, daß die Krisis in Bälde überstanden sein werde, schwerlich als eine optimistische angesehen werden.

**Brüssel, 21. Dezember.** Der Senat hat sich heute, nachdem er die von der Kammer genehmigten Voranschläge durchberathen und genehmigt hat, bis auf Weiteres vertagt. Die Kammer hat heute ihre Ferien bis zum 15. Januar angetreten. Ein königlicher Erlass im „Moniteur Belge“ beruft auf Antrag des Justizministers auf 1894 einen internationalen Kongreß nach Antwerpen. Derselbe soll sich in zwei getrennten Abtheilungen mit der Fürsorge für die Gefangenen und für die verlassenen und verwahrlosten Kinder befassen. An die Spitze des Organisations-Ausschusses ist der Staatsminister Abbots Guillery berufen. Die Prinzessin Josefine von Sardinien, welche in Dresden vor mehreren Wochen von einem typhösen Fieber ergriffen worden war, ist soweit wieder hergestellt, daß sie die Heimreise antreten konnte und ist heute Nachmittag hier wieder angelangt. Ihre Vater, der Graf von Sardinien, und ihre Geschwister, Kronprinz Albert und Prinzessin Marie, mit Gefolge haben sie am Bahnhof herzlich empfangen. Bei der Verathung des neuen Wahlgesetzes hat der Minister des Innern de Burlet eine erhebliche Schlappe erlitten. Das neue Wahlgesetz liefert gewisse Bildungszahlen zwei Zusatzwahlstimmen zu, jedoch die zu dieser Klasse gehörigen drei Wahlstimmen haben. Dies wollte das liberale Ministerium den Schulgelehrten nicht zugestehen, da sie nicht die genügend höhere Bildung besäßen. Die Liberalen waren anderer Ansicht, und der radikale Herron beantragte, die dritte Stimme auch allen Lehrern, die fünf Jahre im Amte sind und das Lehrvergegniß besitzen, zuzurechnen. Dieser Antrag wurde mit 85 gegen 32 Stimmen angenommen, wobei die Hälfte des rechten Flügels mit den Liberalen stimmte.

**Frankreich.**  
**Paris, 22. Dezember.** Der am 12. November in Perpignan verhaftete italienische Anarchist Minardi, der als Komplize von Pallás und Sobinas in Barcelona belastet erscheint, wurde an die spanischen Behörden ausgeliefert.

**Paris, 22. Dezember.** Hier liegen Privatmeldungen aus Petersburg vor, nach welchen der Kaiser Alexander leicht erkrankt ist.

**Paris, 22. Dezember.** Aus Buenos-Ayres wird gemeldet, daß daselbst durch die Trockenheit großer Schaden angerichtet ist. Nach Meldungen aus Desfero, die in Buenos-Ayres vorliegen, hat am Montag ein Kampf zwischen den brasilianischen Regierungstruppen und den aufständischen Staatsgefeinden, bei welchem 400 Mann getödtet sein sollen. Die Regierungstruppen bemächtigten sich des Schiffes „Meteor“ und machten die ganze Besatzung nieder.

**Italien.**  
Eine Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Massonah vom Freitag besagt: Aus Agordat trifft hierseits folgende Nachricht vom 2. Dezember, 3 Uhr Abends, ein: Das ganze Korps der Derwische, 6000 Mann und 4000 Kanzen, unter dem Befehle von Hamed Ali, stellte sich unter Umgebung des rechten Flügels von Agordat längs des Bergstromes Damit auf, wahrscheinlich in der Absicht, das Fort in der Nacht anzugreifen. Um einem nächtlichen Angriff vorzubeugen, beschloß der italienische Oberst Rimondi, die Derwische sofort anzugreifen. Nach zweistündigem Kampfe gingen die Derwische in voller Flucht über den Fluß Barrea zurück und ließen eine große Zahl Todter, unter ihnen Hamed Ali und fast sämtliche Emire, zurück. Außerdem fielen 60 Feldzeichen und eine Vitraillenkugel den Italienern in die Hände.

In der italienischen Deputirtenkammer beauftragte auf eine Anfrage Daniels der Kriegsminister D'Amico die von der „Agenzia Stefani“ veröffentlichten detaillirten Berichte über die Schlacht bei Agordat und fügte hinzu, daß auch die italienischen Truppen bei dem erbitterten Kampfe schwere Verluste erlitten hätten, deren Höhe noch unbekannt sei; er sei stolz darauf, diesen neuen Beweis von Tapferkeit der italienischen Soldaten zur Kenntniß der Kammer bringen zu können. Uebher Verfall auf fast allen Punkten, nur auf den letzten Bänken der äußersten Linken Unterbrechungen.) Imbrani wollte das Wort ergreifen; da der Präsident ihm dasselbe verweigerte, befiel sich Imbrani eine schriftliche Anfrage vor.

Zu der Schlacht bei Agordat verloren die

Italiener einen Hauptmann, zwei Leutenants, einen Unteroffizier und gegen hundert Soldaten, von denen die meisten Eingekorene sind. Unter den Verwundeten befinden sich zwei Offiziere. Die Streitkräfte der Italiener, welche an dem Kampfe theilnahmen, werden auf 1500 Mann geschätzt, während die Anzahl der Derwische gegen 10 000 Mann betrug.

**Nom, 22. Dezember.** Die Deputirtenkammer genehmigte heute die provisorische Handelskonvention mit Spanien und Bulgarien und vertagte sich sodann auf Antrag des Ministerpräsidenten Crispi bis zum 25. Januar.

Der Senat beschloß mit 102 gegen 10 Stimmen, eine Kommission von 5 Mitgliedern zu ernennen, welche darüber Bericht erstatten soll, ob in der Bank-Affaire Senatoren kompromittirt sind.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 22. Dezember.** Generalleutnant Hegermann-Eindencrone ist heute hier gestorben.

### Großbritannien und Irland.

Die Schiffsneubauten für die englische Handelsflotte belaufen sich in diesem Jahr auf die Tonnanzahl von 880 000. Voriges Jahr war der Gesamtbetrag — 1 194 000 Tons, so daß das laufende Jahr ein Minus von etwa 310 000 Tons oder ca. 25 Prozent aufweist. Der Rückgang vertheilt sich ziemlich gleichmäßig auf die hervorragendsten Werftstätten des Landes, ebenso auf die einzelnen Schiffstypen, die Schnell dampfer, die Frachtdampfer und das Segelschiff. Bei dem gegenwärtigen Darinberliegen des Ruderwerkeschäfts ist es weniger verwunderlich, daß der Schiffsbau um ein volles Viertel zurückgegangen ist, als daß überhaupt noch so viel gebaut wurde, als es thatsächlich der Fall. Uebriens walten ähnliche Verhältnisse in allen mit bedeutenden Schiffbauindustrien versehenen Ländern Europas und Amerikas ob.

**London, 22. Dezember.** Unterhaus. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, hob hervor, seine jüngst abgegebene Erklärung, daß der Besitz Englands an Seeschiffen sich zu demjenigen Frankreichs wie 19 zu 13 verhalte, habe sich an die Flotte im Allgemeinen und nicht auf den Zustand im Mittelmeer bezogen.

**London, 22. Dezember.** Nach einer Depesche aus Yokohama wurden die Attachés der deutschen und britischen Legation in Tokio auf der Straße vom Pöbel beleidigt. Ein gemeinsamer Protest der Konsuln hatte zur Folge, daß die Polizisten, welche die Ausschreitung mit ansahen, ohne dagegen einzuschreiten, entlassen wurden.

### Rußland.

**Petersburg, 22. Dezember.** In dem Gouvernment Bessarabien, Wolhynien, Kiew und Tschernigow kommen täglich noch einige Erkrankungen an Cholera vor. In den übrigen Gouvernements hat die Cholera fast gänzlich aufgehört. In größerem Umfange tritt die Epidemie nur noch in Petersburg auf.

**Warschau, 22. Dezember.** Die Provinzialmagazine der Militärministerantur — vier große mit Getreide, Zwieback, Heu und Stroh gefüllte Gebäude — sind in der vorigen Nacht vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist enorm. Man vermutet, daß das Feuer von ruchloser Hand gelegt worden ist.

### Bulgarien.

**Sofia, 22. Dezember.** Heute fand die Zuspredung der in Burgas auszuführenden Holzarbeiten statt, deren Gesamtkosten auf 5 800 000 Franks veranschlagt waren. Das günstigste Angebot mit 4 935 000 Franks gab der französische Ingenieur Gonillou ab, mit welchem die Regierung den Vertrag abschließen wird.

**Sofia, 22. Dezember.** Die Sobranje nahm das neue Wahlgesetz an und genehmigte den von der Kommission auf 150 000 Franks erhöhten Kredit zur Beteiligung an der Ausstellung in Antwerpen; die Regierung hatte hierfür nur einen Betrag von 100 000 Franks verlangt.

### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 23. Dezember.** Der Herr Regierungsrath hat unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Stettin eine Polizei-Verordnung, betreffend die Einrichtung und den Gebrauch der beim Bierauschank anzubringenden Druck-, Leitungs- und Zapfvorrichtungen, erlassen, welche mit dem 1. Januar 1894 in Kraft tritt. Dieselbe bestimmt in der Hauptsache, daß Bier nur zum Ausschank gebracht werden darf: 1. durch Zapfhähne unmittelbar vom Faß ohne Druck, 2. durch komprimirte Luft (Druckluft, Bierpfeiffen), 3. durch flüssige Kohlenäure. Die Anwendung von Bierpumpen, welche das Bier aus dem Faß aufsteigen, ist verboten; ebenso die Anwendung selbst hergestellter gasförmiger Kohlenäure. Die Leitungsröhren für das Bier müssen einen durchweg gleichmäßigen inneren Durchmesser von 10 bis 13 mm haben und dürfen nur aus reinem Zinn bestehen, welches höchstens 1 Prozent Blei enthält. Stecher und Hähne dürfen aus stark verzintem Messing hergestellt werden, doch darf auch die Verzinnung nicht mehr als 1 Prozent Blei enthalten. Die Verbindung der einzelnen Theile der Bierleitung darf nur durch Verschraubungen, nicht durch Kautschuk oder sonstige Schlängelungen erfolgen. Auch zu den nötigen Verbindungen der Hähne darf nur reines Zinn mit höchstens 1 Prozent Blei und nicht das gebräuchliche Zinnsinn verwendet werden. Sämtliche Theile der Bierleitung müssen stets in reinem Zustande gehalten und daher mindestens 1 Mal wöchentlich im Innern gründlich mit Bürsten und Wasser oder heißer Seibulauge und zwar so lange gereinigt werden, bis das zum Nachspülen gebrachte Wasser vollkommen klar abläuft. Als Zapfhähne dürfen nur hölzerne, zinnerne oder innen stark verzintete Hähne aus Messing verwendet werden. Wegen des Bleigehalts des Zinns bezw. der Verzinnung gilt das oben Gesagte. Bierdruckeinrichtungen, bei welchen flüssige Kohlenäure als Druckmittel dient, dürfen nur nach besonders ertheilter polizeilicher Erlaubniß und unter Einhaltung der dabei gestellten Bedingungen in Verwendung genommen werden. Alle vorhandenen Bierdruckapparate sind binnen 4 Wochen nach Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung bei der

Ortspolizeibehörde schriftlich anzumelden. Bei Neueinrichtungen und wesentlichen Veränderungen hat eine Umlageung mindestens 8 Tage vor der Inbetriebsetzung zu erfolgen. Drei Monate nach Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung dürfen auch jetzt bereits vorhandene Bierdruckapparate nur dann weiter benutzt werden, wenn der Sachverständige erklärt hat, daß dieselben den vorstehenden Anforderungen entsprechen.

— (Personal-Chronik.) Otto Döschler zu Swinemünde, geboren am 10. August 1870 zu Stettin, ist als Landmesser vereidigt worden. — Im Kreise Randow sind für den neugebildeten, vom 1. Januar 1894 in Wirksamkeit tretenden Standesamtsbezirk Stolzenberg der Gemeindevorsteher Friedrich Köhne zu Scholwin zum Standesbeamten, der Lehrer Karl Altenburg zum ersten und der Bauhofbesitzer Wilhelm Krause zum zweiten Stellvertreter des Standesbeamten ernannt worden.

— (Personal-Veränderungen im Landwehr-Bezirk des II. Armeekorps.) Rißler, Boß, Schoenian, Stier, Premier-Leutnant von der Infanterie 1. Aufgebots des Landwehr-Bezirks Stettin, zu Hauptleuten; Schrif, Dammer, Sekonde-Leutnant von der Infanterie 1. Aufgebots des Landwehr-Bezirks, zu Premier-Leutnant; Görde, Krüger, Vizefeldwebel von demselben Landwehr-Bezirk, zu Sekonde-Leutnant des Reserve des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommersches) Nr. 2; Hartmann, Vizefeldwebel von demselben Landwehr-Bezirk, zum Sekonde-Leutnant der Reserve des Infanterie-Regiments Nr. 98; Schillawski, Vizefeldwebel von demselben Landwehr-Bezirk, zum Sekonde-Leutnant der Reserve des Infanterie-Regiments Nr. 129; Tiburtius, Premier-Leutnant von der Infanterie 1. Aufgebots des Landwehr-Bezirks Straßburg, zum Hauptmann; Pfeiff, Sekonde-Leutnant von der Infanterie 1. Aufgebots des Landwehr-Bezirks, zum Premier-Leutnant; v. d. Landen, Vizewachmeister von demselben Landwehr-Bezirk, zum Sekonde-Leutnant der Reserve des Infanterie-Regiments König Wilhelm I. (1. rheinisches) Nr. 7; Naddag, Vizefeldwebel vom Landwehr-Bezirk Bromberg, zum Sekonde-Leutnant der Reserve des pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 34, befördert.

— Die Massen-Petition durch ganz Deutschland gegen den „Entwurf eines Tabakenergesetzes“ hat bis heute 995 000 Unterschriften aus allen Gesellschaftsklassen und allen Gegenden Deutschlands erreicht; sie wird, in 80 Folio-Bänden von je 1200 Seiten, in den ersten Tagen des Januar n. J. dem Reichstage eingebracht werden. Wenn man bedenkt, daß vor Anlegung dieser Massen-Petition über 1000 Einzel-Petitionen an den Reichstag wie verschiedene Bundes-Regierungen und Behörden gerichtet worden sind, so kann das Ergebnis nur als ein überaus günstiges bezeichnet werden. Es erscheint uns undenkbar, daß die Volksvertretung einem so großen und einmüthigen Votum des Volkes nicht Rechnung tragen werde.

— Die Matinee des Stettiner Handwerker-Vereins, welche am zweiten Weihnachtstage im großen Saale des Konzerthauses stattfand, empfiehlt sich durch ein reichhaltiges Programm. Außer Männerchören von Deetboven, Soedermann, C. H. S. und A. Hart werden Soli von C. Gode und Hill zum Vortrag gelangt. Den instrumentalen Theil des Konzerts führt die hiesige Pionierkapelle unter Leitung des Herrn Blum aus und wird außer beliebigen Orchesterstücken auch ein Violinkonzert von Beethoven von besonderem Interesse sein.

— Der neubegründete „Gesangverein des Konfessionsraths der Wüst“ veranstaltet am 29. d. M. in der St. Jakobskirche das erste geistliche Konzert, für welches die „Christnacht“ von Hiller und das „Tutorium“ „Winfried“ von Engel in Aussicht genommen sind. Der unter Leitung des Direktors des Konfessionsraths, Herrn Karl Kunze, stehende Verein verfolgt den Zweck, geistliche Gesangsleistungen den breiten Volksmassen zugänglich zu machen, und ist daher das Eintrittsgeld auf 50 Pf. festgesetzt, wobei auf eine rege Beteiligung des musikalischen Publikums mit Sicherheit gerechnet werden darf.

— An der Ecke der Friedrich- und Stollingstraße wurde vorgestern Abend eine Frau von einem unbekannten Manne überfallen und ihr das Portemonnaie mit 1,65 Mark Inhalt entziffen. Daraus versuchte der Angreifer unter dem Vorwande zweier inzwischen hinzugekommener Kumpeln die Frau zu vergewaltigen, doch wurden alle drei durch Annäherung anderer Leute vertrieben. Die Angreifer sollen Maureranzüge getragen haben.

— Einem Milchhändler aus Warfow wurde heute Vormittag ein Einspänner-Wagen, welchen er am Karolusplatz stehen ließ, um Milch anzutragen, gestohlen.

— Der Spielplan des Stadttheaters ist für die Festtage in folgender Weise aufgestellt: 25. Dezember Nachmittags: „Goldmarie und Pedmarie“; Abends: „Tambourier“. 26. Dezember Nachmittags: „Pompier Bagabundus“; Abends: „Carmen“. 27. Dezember Nachmittags: „Goldmarie und Pedmarie“; Abends: „Der Bazzo“ und „Großadl“. — Beim Herannahen des Jahreswechsels ist wiederum darauf aufmerksam zu machen, daß es sich dringend empfiehlt, den Einfluß der Post-Freimarken für Renjahrsbriefe nicht bis zum 31. Dezember zu verschieben, sondern schon früher zu bewirken. Im eigenen Interesse des Publikums liegt es, daß die Renjahrsbriefe rechtzeitig zur Aufstufung gelangen, und daß nicht nur auf Briefen nach Großstädten, sondern auch auf Briefen nach Mittelstädten die Wohnung des Empfängers genau angegeben werde. Bei Briefen nach Berlin ist zwecks Herbeiführung einer unverzügten Bestellung noch die Angabe der Lage der Wohnung nach den Himmelsrichtungen (S. B.: N., D., SW., S., u. s. w.) erwünscht.

— Das Thalia-Theater, welches schon manche Wandlungen erlebt hat, aber sich stets als lustigste Bühne Stettins zu halten wußte, ist nun eingegangen, um als „Concordia-Theater“ in den alten, aber renovirten und elektrisch beleuchteten Räumen am ersten Festtag seine Eröffnung zu feiern. Zu den Eröffnungsvorstellungen ist ein sehr zahlreiches Künstlerpersonal engagirt, wir erwähnen davon Hr. De. on, den „Mann mit dem Löwengeiß“, die „Zelland-Truppe“, eine Lust- und Parodie-Gymnastik-Gesellschaft, die Doppel-Langhose Miss Atlantis und Miss Devetta, den Protektorkomiker Herrn Regari, die dramatische



nach Wien zurückkehren. In Regierungsgeschäften glaubt man, daß diesmal die Mission von Kovacs Erfolg haben werde. Die Handelskonvention mit der Türkei ist bis 1884.